

Erstherin täglich
nachmittags mit Anzeiger
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 80 Pf.
vierteljährlich 2.40 Mk.
jährlich 8.40 Mk.
grünauer, frei im Haus.
Durch die Post bezogen
Lohn 10.00, Porto 1.00.

„Die Neue Welt“
Unterhaltungsblatt,
durch die Post nicht möglich,
kostet monatlich 10 Pf.,
vierteljährlich 30 Pf.

Stefan Nr. 1047.
Telegraphen-Adresse:
Polkshaus Patrisiens

WOLFSBLATT

Inserionsgebühren
beträgt für die gewöhnliche
Zeile für den ersten Tag
30 Pfennig.
für amnestische Anzeigen
20 Pfennig.
Im redaktionellen Urteil
kann bei Seite 75 Pfennig sein.

Inserate
für die (jüngste Nummer
müssen spätestens bis
mittags halb 10 Uhr bei
Kassation ankommen
sein.

Eintragung in die
Polstreichungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise. Redaktion: Harz 42/43.

Entlarvter Betrug.

Der „Schöne Traum“ der Witwen- und Waisenversicherung.
Als Staatssekretär v. Weichmann-Hollweg am 5. Februar seine sozialpolitische Reichstagsrede hielt, sagte er, daß der „Schöne Traum“, mit dem aus der Zeit Trimbom von 1902 liegenden Geldern bis zum 1. Januar 1910 eine Witwen- und Waisenversicherung aufbauen zu können, verfliegen sei. „Das Geld, das wir für diese Versicherung zu haben glaubten, ist nicht da.“

Herr v. Weichmann-Hollweg scheint wenigstens bürgerlichen Abgeordneten gegenüber ein ausnehmend höflicher Mann zu sein, denn anders hätte er zur Veranschaulichung des Schwindels der Zeit Trimbom sich etwas Fertiger ausdrücken müssen. Als das Zentrum 1902 den Budgetentwurf schaffte, mußte es sehr wohl, daß die katholischen Arbeiter mit beträchtlichem Unwillen beobachtet, wie die von ihnen gemäßigten Abgeordneten die Interessen des Junkertums förderten. Es galt daher, diese Arbeiter zu beruhigen. Gestützt auf eine Anekdote des Reichsfanzers Grafen Bülow vom 5. Mai 1901, wonach die Mehrereinnahmen aus den künftigen Vollerhebungen für Wohlfahrtsanstalten im Interesse der minderbemittelten Bevölkerungsklassen verbotten werden sollten, stellte der Abgeordnete Trimbom im Namen des Zentrums einen Antrag, der in folgender Fassung im Zolltarifgesetz vom 28. Dezember 1902 Aufnahme fand:

„Der auf den Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reiches entfallende Nettogehalt der nach den Tarifstellen 1, 2, 102, 103, 105, 107, 107a und 100 (Sätze für Pflügen, Weiden, Vieh und Weid) des Zolltarifs zu bezahlenden Waren, welcher den nach dem Durchschnitt der Rechnungsjahre 1898 bis 1905 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Nettogehalt derselben Waren übersteigt, ist zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden.“
Als die Zeit Trimbom im Reichstage zur Beratung stand, bedeutete die Sozialdemokratie den Sozialisten sofort, daß sie von diesem Pflügen gar nichts hatte. Ihr Redner, Abgeordneter Wolfenbüttel, wies darauf hin, daß Kreier v. S. um die Witwen allgemein ähnlich gestellt haben wollte, wie die „Insalntwinnen“. Dann würden bei den reichlich 3 Millionen Personen, die in Frage kämen, rund 400 Millionen Mark erforderlich sein.

Wolfenbüttel sagte weiter nach dem amtlichen fenographischen Bericht:
„In der Kommission, wie dies ja auch im Bericht erwähnt ist, wurde vorgeschlagen, daß man der Witwe 100 Mk. und jedem Kinde 25 Mk. über aber der Witwe 80 Mk. und jedem Kinde 40 Mk. geben sollte; das heißt also, daß wir auf jede Witwe 1.700 Mark rechnen können. So würde durchschnittlich eine Person im ersten Jahr 18.920 Mk. und im zweiten Jahre 54.81 Mark erhalten, also 16 resp. 15 Pfg. pro Tag. Ja, können Sie damit irgendeine Witwe oder Witwe ernähren?“
Wenn der Herr Staatssekretär diese und die weiteren Ausführungen des fenographischen Berichtes nachsieht, dann wird er, wie wir hoffen, zu der Ueberzeugung kommen, daß bei der Sozialdemokratie von einem solchen Traum nie und nimmer die Rede war; sie wußte vom ersten Augenblick an, daß es sich bei der Zeit Trimbom um Augenwäscher und nichts weiter handelte.

Die Sozialdemokratie im Reichstage bemühte sich aber in dieser Erkenntnis, der Sache eine festere Grundlage zu geben. Sie erinnerte daran, daß der Zentrumsabgeordnete Gerold bei der ersten Beratung des Zolltarifs gesagt hatte:

„Wir haben seit und bestimmt erklärt, daß die Mehrereinnahme aus den Agrarzöllen für soziale Zwecke verwendet werden sollen, und in erster Linie für die Witwen- und Waisenversicherung im Auge gefaßt.“
Danach müßten die Mehrereinnahmen aus allen Agrarzöllen, und nicht nur die im § 15 des Zolltarifgesetzes aufgenommene der Witwen- und Waisenversicherung zugute kommen. Als unsere Parteigenossen nun in der Kommission beantragten, auch die Zölle für Säulenfrüchte, Gemüse usw. für den sozialen Zweck zu verwenden, stimmte das Zentrum einseitig gegen den Antrag. Gleich war auch das Zentrum der Meinung, daß der Betrag aus dem im § 15 festgesetzten Zöllen für den erwähnten Zweck unzureichend sein werde. Daher hielt der vom Zentrumsabgeordneten Speß abgelagte Kommissionsbericht die Worte des Abgeordneten Trimbom hervor, daß nach den von der Kommission beschlossenen Vorschlägen die in ihrem Antrage genannten Zölle durchschnittlich 11 Millionen Mark Mehrereinnahmen an Zöllen bringen würden, und dann heißt es wörtlich in dem Bericht:

„Die erforderlichen Mittel könnten zur Hälfte aus den Zinsen des ausgenommenen Fonds und aus den jährlichen Mehrereinnahmen, zur anderen Hälfte aber durch Beiträge der Versicherenden und der Arbeitgeber aufgebracht werden.“
Damit hatte Herr Trimbom es aber mit dem Zentrumsabgeordneten verstanden, denen Beiträge für soziale Zwecke ein Gesetz sind, und so erklärte er denn am 21. November 1902 im Reichstage, daß es sich bei dieser seiner Anekdote um ganz „unverblühte Erwägungen“ eines einzelnen Abgeordneten gehandelt habe und daß im Gegenteil hierzu im Kreise seiner Freunde lebhafteste Bedenken obwalteten, die Landwirte und das Handwerk mit neuen Beiträgen für eine Witwen- und Waisenversicherung zu belasten.

Die Sachlage war also, daß das Zentrum zuerst alle Mehrereinnahmen aus Agrarzöllen den Witwen und Waisen zu geben versprach. Dann sollte nur die Hälfte für diesen Zweck verwendet werden. Nach Annahme dieses Antrages lag das Zentrum der Regierung aber noch den Gefahren, daß es die Zölle für Getreide, Getreide, Weizen, Roggen und Gerste und von dem verbleibenden Rest dem Reich die steigende Einnahmen zulehnte. Dann stimmte es auf den Wunsch der Sozialdemokraten noch für weitere Versicherungen. So stand, abgesehen noch von dem Umstände, daß jede gute Ernte in Deutschland die Zolleinnahmen und somit die Ausichten auf eine Verbesserung der Witwen und Waisen verminderte, auch für das Zentrum von vornherein fest, daß der ganze Versicherungsplan ein Lügding war.

Tatsächlich haben sich die Dinge denn auch so gefaltet, daß für die Witwen- und Waisenversicherung jährlich nur rund 48 Millionen Mark zur Verfügung standen. Will man den Witwen und Waisen aber eine Menge von je 136 Mk. geben, wie sie der Unliferente entspricht, so wären nach neuen Berechnungen jedes Jahr etwa 600 bis 700 Millionen Mark aufzubringen, also für fünfzehnhundert so viel, als von den Getreidezöllen für diesen Zweck übrig blieb.

Herr v. Weichmann-Hollweg hatte also recht, als er am 5. Februar den Antragsentwurf der Witwen- und Waisenversicherung ankündigte. Nur hätte er nicht von einem „Schönen Traum“ sprechen sollen. Denn tatsächlich wußte von Anfang an alle Welt, daß aus der Verwendung von Wucherzinsen und Sozialpolitik, wie sie sich gefaltet, niemals etwas werden konnte. Die Sozialdemokratie war eiskalt und stellte viele Forderungen sofort für die bürgerlichen Parteien, und vor allem das Zentrum, handelten unehrlich, indem sie ihr Wissen für sich behielten und mit den Arbeitern ein Gaubenspiel trieben.

Die Lehrergehälter.

Das preussische Dreiklassenhaus begann am Montag die zweite Lesung der Lehrergehälter. Die Kommission hat bekanntlich das Grundgehälter der Lehrer auf 1400 Mk. und für die Lehrerinnen auf 1200 Mark erhöht. Außerdem erhalten die Lehrer Alterszulagen und Ortszulagen, jedoch soll das Höchstgehalt der Lehrer 4200 und das Höchstgehalt der Lehrerinnen 2950 Mk. nicht übersteigen. Die Redatoren erhalten eine Zulage von jährlich 700 Mark. Weiter hat die Kommission sich für eine allmähliche Verringerung der niederen Rinderdienste und für den Erlaß allgemeiner Bestimmungen über Größe und Beschaffenheit der Dienstwohnungen ausgesprochen. Dem Plenum lag ein nationalliberaler Antrag vor, Mittel zur Unterstützung leistungsfähiger Gemeinden und Schulverbände bereit zu stellen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Beschlüsse der Kommission eine ganz wesentliche Verbesserung der Lage der Lehrerschaft herbeiführen. Trotzdem bleiben sie weit hinter dem zurück, was die Lehrer nach der Bedeutung ihres Berufs mit Zug und Recht von der Regierung verlangen können. Vor allem ist nicht erreicht die Gleichstellung mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung, eine Forderung, die die Lehrer seit Jahrzehnten vertreten.

Im übrigen spielte sich die zweite Lesung der Lehrergehälter genau so ab wie die zweite Lesung der allgemeinen Leistungsabgabe. Die bürgerlichen Parteien haben alle weitergehenden Forderungen zurückgewiesen, sich in gebührender Weise mit der Regierung verständigt, sich in gebührender Weise abgefunden, das schon der Natur der Sache nach natürliches Resultat sein muß. Gebrandmarkt werden muß auch hier, daß die Freikämpfer vor dem Reim der Regierung feige zurückgewichen sind und sich dem allgemeinen Ruckelmodell angegeschlossen haben. Sie haben es auch bei den Lehrern mit überschäumenden Liebesbetreibungen bewenden lassen und sind in dem Moment, als es sich um Taten handelte, zusammengeschnitten wie ein Leinwandstück. Sie hätten dafür die Benutzung, daß der konservative Redner ihr „Entgegenkommen“ lobte. Dagegen spielte er die wütende freikämpferische Presse gegen die Forderung der Leistungsabgabe aus, die er sogar die sonst nicht für eine Opposition schmärende „Sozialistische Zeitung“ rühmte. Wie unangenehm müssen die Freikämpfer sich fühlen, wenn sogar Leute, die gegen sie Stellung nimmt Zentrum Nationalliberale und Freikämpferische bestärken sich in kurzen Reden auf die Erklärung, daß man den Lehrern nicht mehr geben können, und Ministerialdirektor Dr. Schorff gab in Vertretung des noch immer krankes Kultusministers den Kommissionsbeschlüssen den Regierungserfolg. Längere Reden hielten lediglich der Freikämpfer Cassel und unser Genosse Borgmann. Herr Cassel wies sich vor allem gegen die Ausnutzung der Landarbeiterbewegung für einseitig agrarisch-fiskalische Zwecke und Genosse Borgmann kritisierte das Verhalten der bürgerlichen Parteien, die auch hier vor einer durchgreifenden Form zurückwichen. Er erwiderte die Ursachen der Landwirts der Lehrer über die man sich nicht zu wundern braucht wenn in Oberhessen und Polen 200 Kinder auf einen Lehrer entfallen. Am wichtigsten gefaßt unserm Genossen die Regelung der Leistungsabgabe, die in die Hände der Kreisräuschnisse und Bezirksräuschnisse gelegt ist. Das sind

keine Selbstverwaltungskörper, sondern Marionetten in der Hand des Landrats. In der Abmündung wurden diese Paragrafen nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Die Fortsetzung der Beratung wurde auf Antrag der Konfessionen unterbrochen durch das Parlamentarische Ausschussgesetz, das am Dienstag auf der Tagesordnung liegt. Erst die Rede und dann die Schluß, so lautet auch hier der Grundgedanke dieser Vorfälle.

Politische Uebersicht.

Halle, den 9. Februar 1909.
Aus dem Reichstage.
Die Montagsstellung des Reichstages gehörte zum größten Teile den Mittelständlern und den Sozialdemokraten, die zum großen Teil identisch sind und deren geistesarme Erhaben nur eine in ihrer Art vorzügliche Rede des Abg. Raumann unterbrach. Der Zentrumsmann Trillagte beweglich über Mittelständler und der konservativen Graf Carmer-Oien, ein Meister in unheimlicher Komik und nebenbei fast beteiligt an der oberflächlichen Fälschung, beantwortete die Fragen über die Ledner- und Beamtenhaushalts gelungen mit einem schlichten Schrei nach einer neuen Judikaturvorlage, in welchem mit dem garten Verständnis einer mitmitleidenden Seele der lausam bekannte Reich zusammenhängt einfließen. Vor ein paar Tagen haben die Konservativen bei den Redungen noch durch ihre schärfsten Kennermänner, Fischer, Pauli und Mühlens, schärfster Lins, sich für das Realitätsrecht der Beamten auszusprechen lassen. Jetzt weiß man, wie die maßgebende konservative Herrenschicht denkt. Oder vielmehr, man hat es schon vor sich, gewiß hat man es schon lange.
In diesem, wenn auch etwas zu akademisch geformten Sagen legte der freikämpfer Abgeordnete Raumann seine Ideen über Koalitionspolitik und Industrie-Magnatentum dar. Ganz ausgezeichnet war seine Charakteristik des Realismus, der sich in der schweren Industrie herausgebildet hat und auch äußerlich immer mehr die Formen des alten Realismus annimmt. Schade nur, daß Herr Raumann selbst durch sein Stimmieren für den berüchtigten Sprachparagrafen dem Industrieidealismus eine neue Waffe zu schmeißen sucht. Und wie patens und kräftig, namentlich zum Schluß, auch die Ausführungen Raumanns waren, die im Haus wie auf den Tribünen einen lebhaften Widerhall fanden, so verlieren sie doch an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß Herr Raumann in derselben Fraktionsgemeinschaft mit Herrn Wagner, dem nach der Besprechung der parlamentarischen Selbstverwaltung der Präfekturalen lebenden Staatsminister und dem Kommentator des Vereinsgesetzes Müller-Meinungen liegt.

Der Rolle Kullersti brachte hier berechtigte Beschwerden der politischen Arbeiter vor und gebachte auch des Vordringens. Auf ihn folgte der Gutsherr von Massenau, Herr Camp, der im Anfang der Sitzung um seine Rede gekommen war, weil das akademische Viertel der neuen Gewohnheit, das 2 Uhr zu beginnen, zum Opfer gefallen war. Dadurch, daß er drei Stunden hatte verschlafen müssen, war die Rede des biden Reichsparteilers und Gutsherrndes nicht besser geworden. Zwei Drittel der Rede waren mit Klagen über Zeitverschwendung und mit Aufzählung aller der Dinge angefüllt, über die Herr Camp angeblich nicht sprechen wollte. Der Rest bestand aus lapidaren Sätzen von geradezu zerschmetternder Komik, deren unwürdiger Humor durch Wiederholung leiden würde und die mir daher die Feder im Bericht nachzulassen ließen. Dann wiederholte noch der Bader in der Kieselberg aus Quablin die diversen mittelständlerischen Klagen. Inzwischen durch das Schmeißen Fischer aus Sätzen eine Ballade und bestritt mit dem unerschrockensten Konsonanten seiner angeblichen Wunsch, daß im Lande des Mittelstandes das Vereinsrecht noch zweierlei Maß angewendet werde. Die Elemente des Schmeißen Fischer sind denen der Norddeutschen Allgemeinen gleich zu achten. In einer persönlichen Bemerkung leuchtete Genosse Zubei dem schärfsten Staatsbreiter gründlich heim. Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Die deutsch-englische Allianz.

Im Berliner Tageblatt“ verfaßt dessen Chefredakteur, Dr. Wolff, der noch aus seiner Pariser Korrespondenzzeit über sehr gute diplomatische Beziehungen dort, den bürgerlichen Nachweis zu erbringen, daß die englische Entzweiungspolitik nicht auf England bösen Willen sondern auf Fehler der deutschen Außenpolitik zurückzuführen sei. Schon im Jahre 1891 nach Ausbruch des Araberkrieges hatte Chamberlain eine Annäherung an Deutschland gesucht und u. a. bestimmte Vorschläge über Marokko gemacht. Der Konflikt, der wegen der Verschlimmerung des Reichspostbampfers „Bundesrat“ ausbrach, bereitete damals den Verhandlungen ein rasches Ende. Im Jahre 1901, nach dem Tode der Königin, nahm Chamberlain die Annäherungsvorschläge wieder auf, er beantragte den Beitritt Englands zum Dreibund mit Modifizierung durch das Parlament, und erklärte, daß der Wundstich eintraten sollte, sobald eine der vertragsgültigen Mächte von zwei Seiten angegriffen würde. Chamberlain sagte schon damals voraus,

daß das Scheitern der Verhandlungen den Anstoß England an den französisch-englischen Streik zu Folge haben würde. Die Berliner Regierung zeigte sich, namentlich durch den Einfluß des Franzosen Feiler, nicht abgeneigt, in die neue Allianz einzutreten. Da beantragte die deutsche Regierung, die auf Versehen Badenbesetz der deutschen Truppen so rasch als möglich aus Belgien zurückziehen sollte, zur Sicherstellung der Kriegsgesetzgebung die sofortige Eröffnung der öffentlichen Versammlungen. Dagegen konnte England im Interesse seines Seehandels nicht einwilligen und so scheiterten die Verhandlungen abermals und endgültig.

So Herr Dr. Wolff, dem man die Gewähr für die Richtigkeit seiner Darstellung überlassen muß. Eine besondere Frage ist es freilich, ob ein deutsch-englisches Bündnis, das — wie es zu Chamberlains Zeiten selbstverständlich war — seine Spitze gegen Frankreich gerichtet hätte, ein so wünschenswertes Gut gewesen sei, daß man seinen Entgang noch heute bedauern müßte.

Weder mit England gegen Frankreich, noch mit Frankreich gegen England, sondern Deutschland mit England und Frankreich für gemeinsame Kulturinteressen. Keine Diplomatenintrigen, sondern Völkerverständnis, das ist das Ziel, dem wir zustreben sollen.

König Edward von England macht am heutigen Dienstag den schon seit Jahren fälligen Gegenbesuch in Berlin. Das Schauspiel wird mit allen militärischen und höflichen Gebräuchen sich abspielen, das in Berlin bei solchen Anlässen üblich ist. Die Straße hinter den Linden ist mit Fahnen und buntem Papier förmlich überzogen und die Polizei hat nur eine Sorge, nämlich die, daß die Arbeitlosen, die zur gleichen Zeit in Versammlungen sich aufzufinden können, etwa gar die hurra-schreiende Menge fören könnten. Die Begrüßung des englischen Königs-paares durch die amtliche „Nordd. Allgem. Zeitung“ ist auffallend förmlich. Es wird gehofft, daß der Besuch dazu beitragen wird, einer Entfremdung der beiden Staaten entgegenzuwirken und die deutsch-englischen Beziehungen in höhere Bahnen zu lenken.

Der Kampf gegen die Wahlrechtsreform.

Aus dem Oldenburgischen Landtag wird gemeldet: Als zu Beginn der Plenarsitzung des Landtages am Montag von den Liberalen und Sozialdemokraten auf Grund des § 76 der Geschäftsordnung ein Antrag eingebracht wurde, die Abstimmung über die Wahlrechtsreformstränge zu wiederholen und dieser Antrag angenommen wurde, trieben die agrarisch-ultramontanen Wahlrechtssträger Obstruktion, indem sie die Sitzung demonstrativ verließen. Da der Landtag darauf bestand, die Abstimmung sofort zu wiederholen, sah sich der Präsidium gezwungen, die Sitzung nach einer stürmischen Debatte gegen andauerndes Geschrei der Unzufriedenen abzubrechen und sie auf Dienstag morgen 10 Uhr zu versetzen.

Es bemängelte sich aller Anwesenden große Erregung, da — so lange der Oldenburgische Landtag besteht — noch niemals Obstruktion getrieben worden ist.

Wahlrechtsdemonstrationen.

Ueber die Wahlrechtsdemonstration, die am Sonntag in Wilsusen i. G. zugunsten des allgemeinen, gleichen Wahlrechts abgehalten wurde, wird uns von dort geschrieben: Vormittags 9 Uhr fanden neun Generalkonferenzen in den verschiedenen Stadtteilen statt, worauf sich auf dem Frankfurter Platz vor dem Lokale, in welchem Reichstagsabgeordneter Emmel sprach, die Teilnehmer zum Demonstrationszuge durch die Stadt sammelten, der sich nach Schluß dieser Versammlung um 11 Uhr in Bewegung setzte, die innere Stadt durchzog, und sich mittags auf der Lieberbedungsstraße des dritten Hofwasserkanals zwischen Altstadt und Arbeiterviertel auflöste.

An dem Demonstrationszuge, der die beherrschende Genehmigung unter der Bedingung erhalten hatte, daß zwar der Sozialistenmarsch, nicht aber die Wahlrechtsfrage vor der Musik gespielt werden dürfe; gegen das Singen der Arbeitermarschlieder hatte die Polizei nichts einzuwenden — beteiligten sich 5 bis 6000 Personen. Die Kundgebung verlief, da sich die maßstabgebende Polizei höchst ruhig und zurückhaltend verhielt, in der Ordnung ab, ohne jeden Zwischenfall. Wertwürdigerweise war auch der polizeiliche Genehmigung des Umzuges das Militär in den Kasernen konstant. Die Ver-

trießverwaltung der Reichseisenbahnen hatte den Arbeitern und Angestellten die Teilnahme an dem Demonstrationszuge ausdrücklich durch Anschlag verboten.

Ueber weitere Wahlrechtsdemonstrationen in Ost- und Westpreußen wird uns gemeldet:

Strasbourg. Die Wahlrechtsdemonstration in Strasbourg verlief glänzend. An der Versammlung nahmen etwa 2000 Personen teil. Der Zug wurde von einer Menge von 3-4000 Personen gebildet. Auch die Arbeiterschaft aus den benachbarten Orten beteiligte sich an der Demonstration. Den Eisenbahnen wurde von der Verwaltung verboten, sich an der Demonstration zu beteiligen.

In Kolmar nahmen etwa 2 bis 4000 Personen an der Versammlung, 1000 Personen am Zuge teil. Ferner fanden Wahlrechtsdemonstrationen in folgenden Orten statt: Wissembourg, Sagenau, Maritz (Wahlrechts Appellstreife), Grafenstaden, Saargemünd, Spittel, Metz.

In allen Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, die das allgemeine Wahlrecht zum Landesausfluß fordern; sie sollen an den Reichstag geschickt werden.

Das Ende eines toten Mannes.

Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Popprebiger a. D. Adolf Stöcker ist am vergangenen Montag in Vösten geboren. Stöcker hatte vor einigen Monaten sein Reichstagsmandat von Siegen-Wittgenstein frankheitshalber niedergelegt, und bei der Nachwahl im Januar ging der Kreis, einst die Hochburg des Stöcker- und Muckertums, an die National-Liberalen verloren.

Schon lange vor der Niederlegung seines Reichstagsmandats hatte Stöcker aufgehört, eine politisch bemerkenswerte Erscheinung zu sein. In den achtziger Jahren, unter dem Sozialisteneinfluß, hielt der Spielzeugschreiber D. Pultamer den christlich-sozialen Popprebiger für berufen, die geistige Bewegung des Proletariats mit dem Kadavertropfen eines wässrigen Antisemitismus niederzuschlagen. Dieser preussische Bogomismus, der nicht bloß durch die Verammlungen rief, sondern auch zu Anfang der achtziger Jahre mit Hepp, hepp! und Feinierschreibenschrift durch die Straßen Berlins tönte, verlor in dem Maße die Gnade der Mächtigen, als er sich gänzlich unfähig zur Erfüllung seines eigentlichen Zweckes erwies. Ueber die „Berliner Bewegung“ des Popprebigers Adolf Stöcker, die mit politischer Genehmigung ergründete, während man die Arbeiterbewegung mit dem Sozialisteneinfluß beherrschte, ist die Entschuldigend gebührend zu erwähnen, und seine nicht so sehr übrig geblieben. Sie, die sich für berufen hielt, die Sozialdemokratie abzuhäuten, ist verschwunden, wie nach ihr in den neunziger Jahren die geistig höher lebende und vornehm nationalsozialistische Bewegung gleichfalls verschwunden ist. Jetzt steht die Sozialistenbewegung im Zeichen des Reichsverbandes, auch er wird das Schicksal seiner Vorgänger teilen und nicht bloß von ihm heiden als eine üble Erinnerung.

Mit üblen Erinnerungen ist auch die politische Lebensgeschichte Adolf Stöckers reichlich behaftet. Sein berüchtigter Scheiterhaufenbrief an den Kreuzzeitungsleiter v. Hammerstein konnte auch von seinen Freunden nicht verteidigt werden. In diesem Briefe bedauert Stöcker seinen Gewinnsgenossen Hammerstein, dessen Bismarck kein Angriff wegen seiner Parteipolitik zu verheißeln, man müsse vielmehr auf den Kaiser den Eindruck machen, daß er von Bismarck ab beraten sei, ohne ihn merken zu lassen, daß man zwischen ihm und Bismarck Intrigen treibe. Der Kaiser habe selbst gesagt: „Sechs Monate will ich den alten Bismarck verschaukeln lassen, dann regiere ich selbst.“ — Stöcker war ein Feind der bismarckschen Parteipolitik, weil er namentlich in der Berufung des „liberalen“ Machburger Theologen Harnad nach Berlin eine gefällige Begünstigung des Liberalismus erblickte, er bekämpfte aber Bismarck nicht offen, sondern durch die Mittel einer doppelgängerischen Intrige. Mit ihm ist keineswegs der letzte Scheiterhaufen-Vollzieher gestorben, gerade in den letzten Wochen ist die von ihm gegen Bismarck und Parteipolitik empfohlene Methode gegen Bülow und die Radikallisten eifrig angewendet worden. Die konervative Erthodoxie und der Ultrakatholizismus der äußersten Rechten sind gerade in diesem Jahre geflohen, aber der großhiesige Antisemitismus hat zu eifriger Aufregung, und daß dieser Teil des Stöckerismus, den ein deutscher Kaiser nicht mit Un-

recht die Schmach des Jahrhunderts nannte, ausgestoßen wurde, ist ein kulturgeschichtliches Verdienst der Deutschen, besonders auch der Berliner Arbeiterbewegung.

Deutsches Reich.

— Die neue Justiznovelle. Nach Erledigung der Strafprozeßreform im Bundesrat soll jetzt die neue Justiznovelle durch den Reichstag verhandelt werden. Wie verlautet, trägt sich Herr Dr. Nieberding mit der Absicht, den Gesetzentwurf noch in dieser Session dem Reichstage zugehen zu lassen. — Daß die Novelle noch erledigt werden kann, erscheint bei der Beschäftigung im Reichstage völlig ausgeschlossen.

— Ein deutsch-italienischer Zwischenfall. In der deutschen Gesandtschaft in Santiago ist kürzlich ein Brand ausgebrochen, bei dem der Gesandtschaftssekretär Vedert sein Leben einbüßte. Wie jetzt festgestellt wird, handelt es sich um eine Brandstiftung, die der Sekretär selbst ermedet worden. Verschiedene deutsche Reichsangehörige sind durch die italienischen Behörden schwer geschädigt worden und haben das Reich um Vorkommen angegangen. Der Gesandte in Santiago, der die Interessen der Geschädigten wahrnahm, hat über Drohbriefe erhalten, in denen die Zurücknahme der Klagen der Deutschen gefordert wurde. In diesen Briefen war der Tod des Sekretärs Vedert angedroht worden, und diese einschüchternde Erregung wurde nun mittels in die Tat umgesetzt. — Wie der Zwischenfall erledigt werden soll, darüber ist Näheres noch nicht bekannt; aber selbstverständlich wird die italienische Regierung mit allem Nachdruck angehalten werden, die Schuldigen zu bestrafen und eine entsprechende Entschädigung zu leisten.

— Die Mandatarische Wahlreform. Der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl unserer Genossen vom 1. März, Herrmann, Girsch und Hoffmann ist erschienen. Er geht dahin, beim Gange zu beantragen, die Wahl zu beanstanden und den Berliner Magistrat um Auskunft über die Art der Aufstellung der Wählerlisten zu eruchen. Die Wahlen der übrigen Berliner Abgeordneten, die nach denselben Listen erfolgten, werden nicht beanstandet.

— Eine agrarische Wahlparole. Herr Dr. Oertel tritt in seiner „Deutschen Tageszeitung“ den Gerüchten von einer bevorstehenden Auflösung des Reichstages entgegen. Er meint, dazu sei es noch Zeit, wenn die Finanzreform im Plenum des Reichstages gefordert werde. Gleichzeitig versucht er darzutun, daß die Junker Neuwahlen nicht zu scheuen haben; denn die Parole fören nicht lauten: „Reichstagsreform oder nicht“, sondern vielmehr: „Nachsteuer oder Steuer auf übermäßigen, mißlichen Gewinn!“ Er behauptet, daß diese Wahlparole gerade im agrarischen Sinne außerordentlich angreifbar wäre.

Daß die Junker nach besten Kräften gegen das mobile Großkapital hegen würden, daran ist allerdings nicht zu zweifeln. Aber der Kampf der einzelnen Klassen untereinander ist nur ein heuchlerischer. Gegenüber der Arbeiterklasse sind sie freizügig und stark einig.

Der habsbische Hof gekheitert. Zwischen den National-Liberalen und den Freimünnigen in Baden ist die angebotene Einigung endgültig gescheitert. Die Freimünnigen waren zwar bereit, die Vorschläge der National-Liberalen anzunehmen, sie lehnten es aber ab, in Vörsch-Hand für den National-Liberalen, Dr. Oelshäfer, zu stimmen. Die Demokraten allein wollen mit den National-Liberalen nicht gehen, machen aber doch den Vörschlag, für einzelne Wahlkreise ein Zusammengehen aller liberalen Richtungen herbeizuföhren. Nur in den Kreisen, in denen das unmöglich wird, soll jede Partei den Kampf auf eigene Faust föhren.

— Ein Freirecht? Die Regierung in Oldenburg beschloß die Hinzuziehung der Lehrer zu den Jugendgerichtshöfen.

Ausland.

Die Balkankrise.

Rußlands Vermittlerrolle.

Konstantinopel, 8. Februar. Der türkische Gegenbesuch ist zurückgegangen worden. Man ist im Prinzip nicht abgeneigt, die Verhandlungen zur Liquidation an einem späteren Termin wieder aufzunehmen. Bis der Balkankrieg einmündig dem Großvater erklärte, sind dieselben unzulässig. Ausland

Kleines Feuilleton.

Theaterleben.

Unter diesem Titel hat der ultramontane Reichstagsabgeordnete Dr. Maximilian Weiffers eine Flugchrift veröffentlicht, der wir im Feuilleton der beiden letzten Nummern des Volksblattes eine Weisung widmeten. Wir hatten dabei auch einiges von dem wiedergegeben, was der Verfasser von den Anstellungsbedingungen als am Stadttheater und Neuen Theater in Halle berichtet über natürlich in der Sage zu sein, die Weifferschen Angaben auf ihre Richtigkeit hin prüfen zu können. In einem uns von der Direktion des Stadttheaters zugegangenen Schreiben werden die Behauptungen der Weifferschen Broschüre, soweit sie sich auf Halle beziehen, als ungenügend bezeichnet. Wir nehmen von den Mitteilungen der Direktion des Stadttheaters gern Notiz und würden uns nur freuen, — wenn Weiffers unecht hätte! — Die Angabe B. 3, daß der monatliche Gagenet des Stadttheaters im Jahre 1907 15 000 Mark betrug, beantwortet die Direktion mit der einfachen Feststellung, daß der monatliche Gagenet circa 31 000 Mark beträgt. Der Etat des Theaters unter der habsbischen Kontrolle, und wird jede Saison auf das gewissenhafteste geprüft; eine „Einschleifung meiner Person“, schreibt Herr Direktor Richards, oder irgend eines Familienangehörigen ist kontraktlich ausgeschlossen.“ Unter dem ausdrücklichen Aufsat: „Originalverträge legen mir vor!“ behauptet Dr. Weiffers, daß die Gage junger Chorliedergänger im Jahre 1907 monatlich 25 bis 30 Mark betrug. Das Schreiben der Direktion lautet dazu: Die Gagen der Chorliedergänger und Sängerninnen variieren zwischen 120 bis 180 Mark pro Monat. Wir nehmen ferner Kenntnis von der Mitteilung, daß der Rechnungsabschluß des Theaters jedes Jahr von einem vereideten städtischen Revisor auf das gewissenhafteste geprüft wird und die Bilanzen alle Jahre im Verle des Magistrats sind.

Durch diese Darstellung, zu der Herr Dr. Weiffers nicht umhin können wird, sich zu äußern, werden natürlich die Schilderungen der Broschüre über das Elend der Bühnengewerkschaft keineswegs entkräftet. Weiffers können die im Theaterwesen unüberwunden bestehenden Mißstände nur dann werden, wenn die Theater, in habsbische Regie übernommen, der öffentlichen Kontrolle unterworfen.

Zur Lösung der Dienstbotenfrage.

Die Verwaltung der englischen Gartenstadt Leddworth beschäftigt für die einzelnen Hausbesitzer Haus-Gesellschaften sein Leben zu ruhen. Diese sollen für die beteiligten Familien in den Zentralküchen einrichten, in denen die Hausgenossen gemeinsam die Mahlzeiten einnehmen können.

Gesetzt wird in einer Zentralküche. Das angestellte Personal steht nicht mehr der einzelnen Familie ausschließlich zur Verfügung, ist aber gegen mäßige Gebühr fundenweise zur Erledigung der Hausarbeiten erhältlich. Die Wäscherinnen werden nicht durch einen Hausbesitzer, sondern durch eine Zentralküche, die zugehörigen Privatwohnungen gebracht. Die Zentralheizung und -Beleuchtung vorhanden ist, und da ferner die Reinigung der Wohnräume, der Möbel, der Teppiche usw. nach den neuesten Methoden geschieht, so werden die persönlichen Dienstleistungen, welche eine Familie darüber hinaus noch bedarf, auf ein Minimum beschränkt. Die Wäscherinnen werden als solche ihren Charakter und werden zu gewerblichen Hilfspersonen. Die einzelne Person erledigt nicht mehr die gesamte, im Haushalt zu verrichtende Arbeit, sondern nach und nach wird auch hier eine immer größere Teilung der Arbeit Platz greifen.

Eine herbe Lesson.

Von der Fakultät der Jenaer Universität ist der bisher an der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin tätig gewesene Professor P. Sate zum Nachfolger Sagedels gewählt worden, der am 1. April d. R. wegen hohen Alters von seinem Posten zurücktritt. Unmittelbar nach seiner Ernennung erfolgte ihm die agrarische Werke des preussischen Landwirtschaftsministeriums zu arbeiten, an die Stelle Pates einen dem Agrarwesen gewachsenen Mann zu berufen, und als der scheidende Vörschulleiter gar das unersetzliche Werkleben beginn, am Geburtstage Wilhelm II. in einer feierlichen feier darwinistische Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, fürchte die gelungene ultramontane und konservativste Politik mit persönlichen Schmähschriften über ihn her. Allen voran ludte die „Deutsche Tageszeitung“ Pate zu diskreditieren und auf diesem Umwege für ihre Wünsche Stimmung zu machen, indem sie die darwinistische Abtönnungsidee für ihre „geistig etwas schmerzlichen Leser“ mit einigen albernem Wösten zurechtzählt. Darauf hat er nun der Angehörigen die folgende Denkschrift zugehen lassen:

1. Wir glauben, es ist ein großer Nutzen, wenn man den Mensch von einem tierischen, offenkundigen Vorkahren abtönnung muß. Man kann ohne Hebertreibung behaupten, daß diese Abtönnung Gemeingut der biologischen Wissenschaft ist. Wir sind ziemlich viele bedeutende Gelehrte, welche darüber Wichtiges zu schreiben wissen. Es erübrigen sich ebenfalls nicht unter der Biologie, welche meines Erachtens über viele Frage allein zu urteilen haben.

2. Es ist mir nie eingelehen zu behaupten, „der Naturforscher fören überhaupt nicht von einem Schöpfer reden“; das Wort „Schöpfer“ ist in meinem Vortrage überhaupt nicht vorgekommen.

3. Auf die übrigen Entstellungen eingegangen, halte ich für unter meiner Würde stehend, da dieser und der frühere, Aus-

griff der „Deutschen Tageszeitung“ sehr deutlich die Absicht erkennen läßt, auf das Landwirtschaftsministerium bei der Wahl meines Nachfolgers einzuwirken; ich habe aber die Hebertreibung, daß sich dieses durch solche anonyme Artikel nicht durchsetzen lassen, dem Professor B. P. Sate.

Es ist offensichtlich, sehen, wie die Junger Antisemitismus sich abmühen, diese Kennzeichnung ihrer eigenen geistigen Impotenz abzuschütteln. Sie mühen sich dreiviertel Spalten lang im Schmeiche ihres Angeheißten, die einzelnen Feststellungen Pates als unrichtig nachzuweisen, wobei sie in ihrer Verlegenheit sich schließlich damit zu helfen suchen, daß sie die Generalabrechnung bis nach dem Erscheinen des Pateschen Vortrages im Buchhandel verschoben. Die geistigen Schwächlinge der Brotmücker mögen aus diesem Einnahme die Lehre entnehmen, daß es selbst bei geistig so schwachfüßigen Lesern, wie sie nach dem unbedächtigen Zeugnis ihres verehrten Mitarbeiteren Pate, die „Deutsche Tageszeitung“ beifügt, nicht ratsam ist, hinter den Resultaten der wissenschaftlichen Forschung um volle 50 Jahre zurückzubleiben.

Christliche Reinigungsarbeit.

Vom Christlichen Soldatenbund in Württemberg ist ein Soldatenliederbuch herausgegeben worden, das den Zweck verfolgt, die Soldatenlieder und Gesellenlieder aus dem Wiederstand der Vaterlandsvortreiber zu entfernen. Wie gründlich die christlichen Soldatenliederbücher befreit werden, geht aus einer Übersetzung des Nachwortes im „Rümer“ hervor:

Wir blättern der Reihe nach durch und kommen gar nicht eifrig bis zum Wiederstand, die hier vorfindet unter „Mutter- und Wäberlieder“ und „Freundschaftslieder“ untergebracht sind. In unserem herrlichen Deutschland, Deutschland über alles“ sind in den ersten Versen der zweiten Strophen: Deutsche Frauen, deutsche Treue, deutscher Wein und deutscher Sang“ die Frauen und der Wein durch „Ehre“ und „Mutter“ ersetzt. Man hätte doch auch lieber gleich die Treue weglassen und statt dessen „Vorsicht“ einfinden sollen ...

Man kann es verstehen, daß solche Reinigungsarbeit die heiligsten Gefühle unserer deutschen Patrioten verletzt, zu deren beliebtesten Repertoriohänden das also verurteilte Lied gehört. Die „Tägliche Rundschau“ trägt denn auch ganz entwürdig, ab etwa „auch unter jähones Vaterlandslieb unter die Gesellenlieder und Vaterlieder“ zu rechnen sei. Vielleicht mag sich der Redaktionsstab des antinationalen-antichristlichen Rundschau unter der Leitung ihres Rippel einmal über die Aufgabe her, ein nach wirklich patriotischen Grundsätzen zusammengestelltes Soldatenliederbuch herauszugeben. Des heiligen Dankes aller wirklichen Patrioten könnten sich die Mäcker so wohl von vornherein versichert halten.

lehne es ab, neue Elemente in die Verhandlung zu tragen. Es sei von der einzigen Würde geleitet, eine Verbesserung der Gegenstände herbeizuführen, um den Frieden auf dem Balkan zu erhalten und habe darum die Rolle des Vermittlers übernommen. Die Türkei müsse unumwunden erklären, ob sie den Vorschlag Schönlank annehme, im anderen Falle müsse Ausland die Vermittlung anderen überlassen.

Die Seiten ändern sich.
Rom, 8. Februar. „Secolo“ veröffentlicht einen Brief, den der österreichische Botschafter im Jahre 1881 an das italienische Konsulat in Wien richtete und worin er versprach, daß Österreich den status quo auf dem Balkan aufrecht halten werde.

Oesterreich-Ungarn.
Ministerwechsel

Wien, 8. Februar. Ministerpräsident Freiherr v. Bienerth führte die Verhandlungen über die Rekonstruktion des Kabinetts. Als sicher gilt, daß die bisherigen Minister Quarbit (Auerer) und Georgi, Landesverteidigung, sowie die Landesminister Schreiner, Batschel und Abrahamowitz dem neuen Kabinett Bienerth angehören werden. Als Unterrichtsminister ist das Herrenhausmitglied Graf Sturzsch, als Justizminister der Oberlandesgerichtspräsident Baron Call in Aussicht genommen.

Italien.

Die Neuwahlen.

Die italienische Kammer ist geschlossen und wird wahrscheinlich vor den Neuwahlen nicht wieder zusammenkommen. Diese sollen, wie verschiedene römische Blätter mitteilen, am 21. und 28. März stattfinden. Von anderer Seite jedoch wird gemeldet, daß das Ministerium sie erst am Ende April festsetzen wolle. Jedenfalls haben unsere italienischen Genossen die Regierung in Veracht, daß sie die Wähler möglichst überumpeln möchte, und bereiten sich deshalb schon auf die Wahlen vor. Burett wird in der italienischen Parteipresse die Wahlkampf besprochen. Ferreri vertreibt im Mantuaer Parteiblatt die Auffassung, es sei Aufgabe der sozialistischen Partei, die demokratischen Energien des Landes zu unterstützen, also mit den Republikanern, Radikalen und anderen antiklerikalen Kandidaten gemeinsame Sache zu machen. Des weiteren spricht sich Ferreri gegen die Auffassung von diesen Kandidaten aus. Nur in solchen Fällen, in denen keiner der Kandidaten der bürgerlichen Parteien vertrauenswürdig sei, diesen Kandidaten aufgestellt werden. Die Zeit der platonischen Wahlkämpfe sei für unsere Partei vorbei. Es ist hier zu bemerken, daß Ferreri an der politischen Bewegung aktiv nicht mehr teilnimmt. Der „Avanti“, der bekanntlich jetzt reformistisch besetzt ist, tritt den Ausführungen Ferreri über die Wahlkampf bei, während Turati sich gegen diese Auffassung wendet und Wahlbindnisse mit dem „Meritismus“ der liberalen Freimaurerei vertritt.

Türkei.

Eine Demonstration für Pressefreiheit.

Stambul, 8. Februar. Gestern fand eine große Kundgebung statt, um Einspruch zu erheben gegen das neue Pressegesetz, welches für die Freiheit der Presse als gefährdet betrachtet wird. Die Kundgeber zogen vor die Kammer, wo Schmeb Nizma Pascha ihnen mitteilte, daß die Kammer niemals dieses bewilligen werde.

Amerika.

Die spanischen Regier.

Eine Folge der Anberaumung, die mit der Zeit auch den Ausländern recht unangenehm wird, macht sich in den amerikanischen Südstaaten bemerkbar. Nach dem dort bestehenden Wahlsysteme sind gemeinlich die Kandidaten vom Wahlrecht ausgeschlossen. Nun senken die Regier ihre Kinder meist nicht nach der Fabrik, sondern in die Schule, während die dort ansässige weiße Bevölkerung mehr das Gegenteil tut. Das hat zur Folge, daß ein erheblicher Teil der heranwachsenden weißen Bevölkerung auch ein Wahlrecht nicht ausüben darf, und somit wird die Vorherrschaft der weißen Klasse gefährdet. Dieser Umstand hat jetzt selbst die Kapitalistenklasse veranlaßt, den Einfluss von Einwanderung und Einschränkung der Auswanderung zu fordern.

Japanerhass.

Neuzel, 8. Februar. Die antijapanische Stimmung an der Pazifikküste hält trotz des Präsidenten Roosevelts Eingreifen an. Der Haß gegen die Japaner ist tiefgehend.

Parteinachrichten.

Die Kandidatenfrage in Vorschlag. Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins stellte am Sonnabend für die beiden Vorzeimer Landtagsabgeordneten Adolf Gies und Richard Döcker, Beamter des Maurerverbandes in Mannheim, als Kandidaten auf. In der Aussprache wurden nochmals die Schwierigkeiten berührt, die der Wiederwahlkandidatur Gies in den Begleiteten. Die Möglichkeit der in den letzten „Vorwärts“-Artikel aufgestellten Behauptungen wurde bestritten. Die beiden Kandidaten erklärten vor der Versammlung, im Gegenfall zu der bekannten Erklärung der 66, daß die Entscheidung des Münchener Parteitag für sie die Grundlage ihrer taktischen Haltung sein werde.

Der Sozialdemokratische Verein in Stuttgart hielt am vergangenen Sonntag seine Generalversammlung ab. Dem gedruckten vorgelegten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl des Vereins 1908: 6217 gegen 4346 im Vorjahr beträgt; mithin ist eine Zunahme von 21 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder erhöhte sich von 77 auf 118. — Der Abonnementstand der „Schwäbischen Tagwacht“ ist in Stuttgart im Berichtsjahre um 349 zurückgegangen. Die Jahreseinnahme betrug 21 407,50 Mk., die Ausgaben betragen 11 321,30 Mk. Die Wahlkosten der Bürgerauswahlwahl betragen 1769 Mk., der Kassenbestand 4386 Mk. In dem Bericht über die Bürgerauswahlwahl, die nach dem Proporzionalwahlrecht stattfand, und bei der auf die Sozialdemokratie von 15 Mandaten 6 entfielen, wird bemängelt, daß diesmal 2,8 Prozent abgegebene sozialdemokratische Stimmzettel gegen nur 0,7 Prozent im Vorjahre abgegeben wurden. Das Verhalten einzelner Bezirke, die den Parteizettel am häufigsten abgaben hatten, wurde in der Versammlung gerügt. — In bezug auf ein Ausfüherverfahren gegen ein Mitglied, das mit einer Rüge geendigt hatte, wurde beschlossen, an die Kontroll-Kommission Berufung einzulegen. Da es sich hierbei um Riefung eines Berichtes an die bürgerliche Presse handelte, wurde eine Resolution beschlossen, die die Riefung solcher Berichte ausdrücklich untersagt. — Die Vor-

handsvacht ergab fast durchweg die Wahlwahl des alten Vorstandes.

Briefkasten der Redaktion.

S. W. Einspruch können Sie jetzt nicht mehr erheben. Gegen den Zahlungsbefehl konnten Sie nur bis zum 2. März Einspruch erheben. Das Verfallsjahr muß die Firma als ihr Eigentum reklamieren. Davon Sie sonst keine Ansprüche, kann nur nach Leistung des Offenbarungseides verlangt werden.

A. V. Gienburg. Ja, Sie müssen Fremdenschulden zahlen. Suchen Sie aber um Erlaß beim Magistrat nach.

H. V. Schwefel. Lassen Sie sich beim Gemeindevorstand das Gemeindefeld vorlegen. Wenn kein Verzeichnis der Gemeindefeldverteilung, das die Gemeinde die Kosten trägt, vorliegt, müssen Sie zahlen.

R. Zuckern. 1. Das wird Ihnen überhaupt niemand sagen können. 2. Nein.

A. S. Gieschen. Sie hätten sich müssen logisch vom vorigen Kreisrat unterscheiden lassen. Jetzt kann die Angabe des Art. nicht mehr angefochten werden.

G. Schraplau. Wenn Ihre Angaben richtig sind, Beschwerde beim zuständigen Landgericht. Zahlen müssen Sie aber vorher. Strafverbot müssen Sie zahlen.

G. S. Gienburg. Ungefähliche Auskunft können wir nicht erteilen. Belegnahme ist ungesetzlich, es kann nur Anzeige stattfinden.

Otto Str. Adolfsentweg. Wir halten uns nicht befugt, in die inneren Verhältnisse des Vereins einzugreifen. Benutzen Sie die demnach stattfindende Generalversammlung, um gegen das Verhalten des Vorstands zu protestieren.

P. M. Gubala. Wegen Verletzung zu klagen hat keinen Zweck, denn der Beamte wird vor Gericht attestiert erhalten, daß er in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes gehandelt habe. Beliebig können Sie ihn auf bestimmte Neuzeugungen gegen Sie in dieser Sache verklagen.

V. 100. Sind die Geldanteile bei Aufstellung des Mietkontrahes als zum Lohn gehörig betrachtet, nein, sonst ja, falls nicht am 1. März gerade das Dienstjahr zu Ende ist.

1223. Beliebig ist der minderjährige Vater des Kindes inszwischen vollständig geworden. In diesem Falle müssen Sie ihn durch die Obervermündlichkeit zur Erfüllung seiner Vaterpflicht anfordern lassen, sonst gilt der mündliche Vertrag mit seinem gesetzlichen Vertreter.

Verantwortlich für Zeitartikel, Politische Uebersicht und Parteinachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerbliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bod, für Lokales Otto Liebuhr, für Provinziales und Versammlungsberichte Walter Leopoldt, sämtlich in Halle.

Hohenlohe Hafer-Flocken

geben delikate Suppen, Frühstück für Alt u. Jung, Bewährte Kindernahrung. In gelben Paketen mit dem Bilde der Schmittlerin.

Konfirmanden-Kleider **Wichtige Angebote zur Konfirmation bieten unsere** **Konfirmanden-Anzüge**
— nach Mass —
— in allen Preislagen —
— unter Leitung eines ersten Zuschneiders.

durch die ganz besonders billigen Posten, welche wir für diese Tage einkauften.

Ein Extra-Posten	Schwarze Konfirmanden - Stoffe	in glatt und gemustert, in Geboid, Satinisch, Mohair, Crepe, Chevon, Abacca	1 60	1 25	95	78
Ein Extra-Posten	Farbige Konfirmanden - Stoffe	in rot, blau, grün, grau-blau, braun, grau, sehr billig	1 90	1 35	95	65
Ein Posten	Unterröcke	Wolle und Abacca	3.00	2.25	1 45	
Ein Posten	Weisse Hemden	mit gefickter Kasse	1 25			
Ein Posten	Konfirmanden - Jacketts	aus guten tief-schwarzen Stoffen tadellos im Schnitt				
Ein Posten	Unterröcke	weiß mit Stiderei	3.00	2.20	1 40	85
Ein Posten	Umschlagtücher	schöne helle Muster	jezt	1.75	1 45	1 10
Ein Posten	Schwarze Strümpfe	Bar 60 und	50			
Ein Posten	Weisse Taschentücher	Duhen 2 40	1 50			
Ein Posten	Drei Serien: 7 50	5 00	3 50			
Ein Posten	Unterröcke	weiß	1 10			
Ein Posten	Knie-Beinkleider	weiß	1 10			
Ein Posten	Weisse Unterröcke	Barzent	1 15			

ca. 400 Schwarze Konfirmanden - Anzüge aus nur guten schwarzen Stoffen mit guten Zutaten, auf das sauberste verarbeitet **21 00** **18 50** **14 00** **9 75**

ca. 450 Farbige Prüfungs - Anzüge in neuesten Dessins tadellos sitzend **22 00** **17 50** **12 25** **9 50**

Wer bei Elkan kauft spart Geld!

H. Elkan
Leipzigerstr. 87 (Ecke Braunhausstr.)

Konfirmanden - Schuhe
für Knaben für Mädchen
Elegant 7. 7 90 2 20
Sattl. 6. 7 50 3 10
7. 8 00 5. 6 5 4 10

Lehrlingsgarderobe
für jeden Beruf.
Einzelne Jacketts u. Stoffhosen zu billigsten Preisen.

Elkan's Kaufhaus
verausgibt
Allgemeine & Beamten Consummarken
oder Marken der
Rabatt - Sparvereinigung.
Auf Wunsch 5% in bar

Halle a. S. Kaufhaus

Einer verehrlichen Einwohnerschaft von Halle und Umgegend, sowie meinen verehrten Geschäftsfreunden und Gönnern die ergebene Mitteilung, dass ich morgen, **Mittwoch, den 10. Februar** o. J. hier selbst

Alter Markt 20, vis-a-vis der Moritzkirche

als Filiale meines

Spez.-Geschäftes f. Zigarren, Zigaretten u. Tabake

eröffne. — Es wird auch hier mein eifrigstes Bestreben sein, die mich Bechrenden mit guten, bewährten Fabrikaten aus renommiertesten Fabriken zufrieden zu stellen und bitte ich ergebenst um geneigteste Unterstützung meines neuen Unternehmens.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Karl Henniche Nachf., Zigarren-Spezial-Geschäft.

Haupt-Geschäft: Gr. Steinstrasse 85.

Filiale: Alter Markt 20.

Fernsprecher 280.

„Volkspark.“
Heute, Mittwoch
Gr. Schlachtfest

Von früh 8 Uhr an: **Wellfleisch.** Abends: **Divers. Wurst u. Suppe.**

Hierzu ladet freundlichst ein Die Verwaltung.

GERMANIA
Vereinigte Brauereien :: Halle-Döllnitz.

Pilsener Cabinet
Kaiserbräu Münchener Bierspezial
Caramel-Malzbiere

Nur hochste Qualität
gelangen in vielen der besten und besuchtesten Restaurants zum Ausschank.

Stadt-Theater
in **Salle a. S.**
Direktion: Hofrat W. Richard.
Mittwoch den 10. Februar 1909:
144. Abonn.-Vorst. 4. Viertel.
Günstiges Gastspiel
des künigl. Kammerängers
Francisco d'Andrade.
Don Juan.
Oper in 3 Akten
von F. M. D'Alfari.
Urauf. 7. u. 8. Ubr. Ende 10 1/2 Ubr.

Apollo-Theater
Dir.: Gustav Poller.
Telefon 183.
Theater Job-Classen
Dir.: Herrn. Job und
Fot. Classen.

Neute und folgende Tage
Anfang präzise 8 Uhr:
Der Mann mit dem Fimmel.
Sensationaler Lacherfolg!
In Vorbereitung:
2 zu 15.

Pferdefleisch
ist noch heute und morgen
schon im
Hansa-Theater
Der tüchtig laden will, beste
sic, dieses prächtige
Bild zu sehen

Hansa-Backpulver
ist das Beste!
Stahmer & Wilms
Hamburg
Für 50 Messlons etc. Sie sind
Dose II Kekes etc. etc. u. u. u.

Engl.-Nig.: Dübbs & Herrmann,
Gutschew & Baraleske.

Süsse Apfelsinen
12 Stück 45 u. 50 Pf.
Zitronen 12 Stück 45 Pf.
empfehlen
A. Trautwein, Gr. Ulrich-
strasse 31.
Wittw. Schlachtfest
Marie Böttcher,
Triftstr. 2.

Weissenfels.
Wegen vollständiger Aufgabe
meiner Ädikatur verkaufe:
12 Stück 2. Preisloose a: 30,
30 Stück gut erdende Weissenfels,
Gohlfelderhamm 2 Stk. 1.50 M.,
1 moderate Jagdrevolver,
Einzel-Wechsel-Decke, 12 Prämien-
bauer auf Regal, Preis 45 M.,
12 Stück 2. Preisloose auf 500,
100 Stück kleine Garzenerbener,
4 große Ringbänder billig.
Alfred Throniker,
Darnickstrasse 3, am Sportplatz.

Sozialdem. Verein Streckau.
Nachruf.
Freitag den 5. Februar des-
nach nach kurzem, schnellem
Leiden unsere Parteigenossin
Ida Kupfer
im 20. Lebensjahre.
Um ihren Andenken!
Der Vorstand.

Dank.
Dem Metallarbeiter-Verein
für die Teilnahme beim Begräbnis
unserer verehrten Genossin
Willi Kluge
besten Dank.
E. Hodel.

Im Ausverkauf
wegen Geschäfts-Vergrößerung
Kinderjacken
hochmoderne, tadellos sitzende Fassons
aus gediegenen
englischen Stoffen, blauem Cheviot
und Manchester
für das Alter von 2 bis 14 Jahren
für die Hälfte
des Wertes.
Hönicke,
am Leipziger Turm.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Achtung! Achtung!
Maschinisten u. Heizer, Halle.
Zu dem am Sonntag den 13. Februar im „Weißen Hof“,
Geißstrasse 5, stattfindenden
Kappen-Kränzchen
laden wir Freunde und Gönner freundlichst ein und bitten um zahl-
reiche Beteiligung. **Das Komitee.**

Theater in Zeitz. Preussischer Hof.
Gottsch. d. Przgl. Hoftheater, Altenburg.
Sonntags, d. 11. Febr.
Zum Gedächtnis für Ernst v. Widenbruch.
1 malige Aufführ. **Der Wenzel.** Schluß in 4 Akten.
Zum ersten Male: **Der Wenzel.** Schluß in 4 Akten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende ungef. 10 1/2 Uhr.

Jugend-Turnverein Werschen, Mitgl. d. A.-T.-B.
Sonntag, den 14. Februar im Gasthof „Zur Hofnung“ in
Obersiebenbrunn
:: Maskenball ::
Anfang 4 Uhr. Einlass der Masken 6 1/2 Uhr.
Zusammensetzung 8 Uhr.
Die beiden schönsten Damen- u. Herren-Masken, sowie
der beste Caricatur werden prämiert.
Zur Aufführung gelangt u. a.: „Das leibbare Luft-
schiff“, „Eine lustige Gemeinderatsversammlung“, „Der Mann
im Mond“, „Im Freiwald“, „Die Einwohnerschaft von Ober-, Unter-Weichen und Gersdorf
sowie Freunde und Gönner des Vereins ladet freundlich ein.
Der Vorstand.

Quaker Oats
Die geschlossenen Pakete halten
Quaker Oats stets frisch und gesund,
schützen auch die Ware vor Staub
und anderen Unreinlichkeiten.
Quaker Oats bedeuten grosse Er-
sparnisse für die Hausfrau, rosige
Gesichter und blühende Gesund-
heit für die ganze Familie.

Quaker Oats

Haushaltungsbücher
für alle Tage des Jahres,
für jede Familie und einzelne Personen passend.
Preis 60 Pf. und 1 M.
zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung, Darg. 42/43.**

Zurückgeführt vom Grade meines lieben unvergesslichen
Gohns, Bruders, Schwagers und Neutragens, des Frommen
Paul Schumann aus Kretzschau,
sagen wir allen Freunden und Bekannten für die viel erwiesene
Hilfe beim Begräbnis unseren besten Dank.
Kretzschau. Familie Otto Schumann u. Frau.

Gewerksch.-Kartell, Halle a. S.
Freitag, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr
im „Volkspark“, Burgstrasse 27

Sitzung:
Tagesordnung:
1. Eingänge und Mitteilungen.
2. Bericht: Errichtung des Vorstandes und der Herbergs-
Kommission.
3. Neuwahl des Vorstandes und der Herbergs-Kommission.
4. Bericht über den
Zu pünktlichem und vollständigem Erscheinen werden die
Belegarten — wegen der Rechnungslegung aus die vorliegenden —
hiermit eingeladen. **Der Vorstand.**

Weissenfels
Mittwoch den 10. Februar vorm. 10 Uhr im „Volkshaus“
Arbeitslosen-Versammlung.
Tagesordnung:
**Wie stellt sich die Stadt-Verwaltung zur
Arbeitslosigkeit?**
Am zahlreiches Erscheinen der Arbeitslosen erucht
Das Gewerkschafts-Kartell.

Verbd. d. Fabrikarbeiter, Zahlstelle Zeitz.
Sonntag den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Remanns
Restaurant, Gartenstraße
gr. ausserord. Mitglieder-Versammlung.
Vortrag des Leiters des neu eingeleiteten über das Thema:
„Warum brauchen die Arbeiter gewerkschaftl. Organisationen?“
Es ist Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen, an dieser Ver-
sammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.
Zeitz. **Zeit.** **Zeit.**
Gehört; ist morgen, Mitt-
woch, beim Abbruch Winter-
straße 18, von 8 bis 4 Uhr wegen
Räumung des Platzes sehr billig
verkauft werden.
Alles Vogelfutter kauft man jauchser
ereinigt bei
Barnh. Lallach, Schweisshof 11a
Männchen in offen. u. Ver-
schlungen werden billigt ange-
W. Müller, Gr. Brunnen 58.

Hellfritzsch's Rest., Zeitz.
Scharrenstrasse 34.
Sonntags u. Sonntag
den 13. u. 14. Febr.
gross. Bockbierfest
mit arkomischer
musik. Unterhaltung.
Bockwürstchen. — Mützen gratis.
Freundlich ladet ein
Chr. Hellfritzsch.

Sauerkohl
in bester Qualität hat noch
billig abzugeben
Karl Lange sen., Sauerkohl-
Fabrik,
Lilke Ulrichstrasse 26. Fernspr. 1066.

Die schönsten
Narren- Kappen,
Bockbiermützen
zu haben bei
Hall. Kart.-Fabr. G. Hill,
G. Steinw. 27/28 (fr. Sportplatz).

Seeben erschienen:
Süddeutscher
Postillon
Kr. 4.
Preis 10 Pf.
zu beziehen durch alle An-
treger und die
Volksbuchhandlung.
Darg. 42/43.

Deutscher Reichstag.

201. Sitzung, Montag, den 8. Februar 1909, nachm. 1 Uhr.

Vorsitzung der zweiten Beratung des

Ents für das Reichsamt des Innern.

Der an erster Stelle genannte Redner, Freiherr v. Gamp (Fp.), ist in der sich schuldig befehligen Hause nicht anwesend. Abg. Zil (Zent.) gibt seiner Verteidigung über die Wirkung der Handwerkerleggebung Ausdruck, insbesondere das Handwerkergesetz von 97 habe aufreißend auf die Handwerker gewirkt. Vieles sei aber noch zu wünschen. Redner behauptet, die Arbeiter hätten es beim Handwerker besser als bei der Großindustrie und fordern zur Frage der Arbeiterfrage Übergang, ein Tarifverbot. Die Kleinrentenfrage habe Jubel übertrieben. Reichsamt dürften Kleinrentenfragen als Betriebsunfälle angesehen werden.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Dr. Richter: Herr Jubel hat die lokale Handhabung des Vereinsgesetzes in Sachsen kritisiert und auf den Fall des Sozialdemokratischen Vereins in Leipzig hingewiesen. Dieser Verein umfasst über 2000 Mitglieder in 60 Ortsvereine. Von einem Verbundessen der Mitglieder kann also keine Rede sein. Gegen unsere Auslegung des Vereinsgesetzes ist also nichts einzuwenden. (Bravo! rechts, links u. d. Soz.)

Abg. Knaumlich (Fp.): Der Staatssekretär hat die Volkswirtschaft in einem mit guttunenden Worten gebendmarkt. Die Frage des Koalitionsstreiks drückt sich in erster Linie um den Schutz des einzelnen, in zweiter aber um den Schutz der schwächeren Verbände gegen die stärkeren. In Oberschlesien lagte bekanntlich der Generaldirektor Ullmann: „Ach was, Koalitionsfreiheit und persönliche Freiheit, das sind Redensarten.“ (Lach, links) Und dann wurden eine Anzahl Redner, darunter solche, die sechs Jahre tätig waren, bis schließlich entlassen. Sollenhaft hat der Staatssekretär für diese Vorgänge ebenso scharfe Tadel wie für Köln. (Sehr gut! u. d. Soz.) Die Überlegung muß dahin gelangen, daß es verboten ist, bei Abbruch eines Arbeitsvertrages nach Inanspruchnahme der über jener Organisation zu fragen. Verbot der schwarzen Listen, das ganze zu weit, dem Aussperrung und Streik Bedingungen einander. Nur wenn schwarze Listen epidemisch auftreten, wie in Kurland, werden sie zu einer schweren volkswirtschaftlichen Gefahr. Die Kontrakte, gegen deren Bruch sich die Anstaltstrafen durch die schwarzen Listen schützen wollen, werden oft gar nicht gehalten, weil sie des Lebens unbedingten Bedenken vorgesetzt werden. (Sehr richtig!) Diese Kontrakte sind nichts anderes als autorisierte Arbeitsbedingungen. (Sehr richtig! links und im Zent.) Der Staatssekretär hat in bezug auf diese Frage doch zu optimistisch geurteilt. Das kaum verheilte Ziel der Nebenverwaltung ist eine neue Gesetzgebung anzuführen. Der arbeitende Mensch wird von den schwarzen Listen nie die Ruhe finden, auf die Rechte ist gefestigt. Bist er überprüfbar, so kommt er auf die schwarze Liste.

Die Infalligkeit im Eisenwerke wird erschreckend. Die von schwarzer Arbeiterwelt ausgehenden Menschen sind gar nicht imstande, dem Koalitionsstreik Gebrauch zu machen. Man muß Minimalbedingungen schaffen, wie sie erst zu begehnen, ist Recht zu haben. Aber auch die Herren der schwarzen Metallindustrie kennen keine Menschenrechte. (Sehr richtig!) Diese Herren möchte man mit Ernst Moritz Arndt zusammenfassen: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Anstalt.“ (Lach, rechts links und aus den Tribünen.)

Abg. Graf v. Cramer-Elm (Fp.): Was über die ober-schlesischen Entlassungen in den Zeitungen fand, ist alles falsch. Die Beamten mußten in dem Zeitpunkt der Disziplin entlassen werden, erhalten aber Gehalt bis zum Ende ihrer Dienstzeit. Koalitionsstreik sollte ihnen gar nicht angehter werden. (Lachen u. d. Soz.) Sollenhaft bekommen wir bald ein Arbeitswilligengesetz, durch das die verbelebte Tätigkeit der Sozialdemokratie endlich abgelagert und der Mittelstand geschützt wird, der die beste Stütze von Thron und Altar ist. (Beifall rechts.)

Abg. Kunkel (Fp.): Der Staatssekretär demüht sich, arbeiterunfähig zu erscheinen, er kann aber seine Vorleser für die Unternehmer nicht verbergen. Dem Treiben der schwarzen Listen müßte Einhalt geboten werden. Freilich von einer Regierung, die den Sprachensparagrafen durchgebracht hat, kann man nicht allzuviel Berechtigung erwarten. Man fragt über den Mangel an Religion im Volk, aber die Waffe hat mehr Religion als die Unternehmer. Die Unternehmer liegen vor dem goldenen Kalb auf dem Waage, die Religion ist ihnen eine abgetane Sache, nur noch gut, um das Volk im Damm zu halten. (Sehr richtig! u. d. Soz. und Polen.) Wer das Schisma der schwarzen Listen anwendet, verdat eine wahre Fernernatur.

(Sehr richtig! u. d. Soz.) Wir verlangen ein Reichsberggesetz, mindestens aber die reichsgerichtliche Regelung des Arbeiter-schlichtes im Bergbau. Die dringende Forderung ist die von den Arbeitnehmern. Wäre der Staatssekretär auf dem Bergarbeiterkongress gewesen, so hätte er hören können, wie mit dem Leben der Arbeiter gespielt wird. (Sehr wohl! u. d. Soz.) Wenn die Regierung der Forderung nicht nachgibt, so hat sie die zukünftigen Taten auf dem Gewissen. (Sehr richtig! u. d. Soz. und Polen.) Dem Staatssekretär ist anlässlich des Falles gegen die Kammernfamilie der Arbeiter auf die Tätigkeit der preussischen Sozialisten in polnischen Vereinen lenken und er-jucken, auf eine Einschränkung dieser Tätigkeit hinzuwirken. (Bravo! u. d. Polen.)

Abg. Freiherr v. Gamp (Abt.) spricht zunächst sehr ausführlich über die Arbeiterbewegung, deren sich andere Abgeordnete noch seiner Meinung schuldig machen. Dann vertritt er die schwarzen Listen und vertritt das gute Herz der deutschen Arbeiter, welche die Klagen der Arbeiter seien. (Minuten-lange Beifall.)

In Deutschland werden jährlich 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung volkswirtschaftlich bestraft. Das kommt von der übertriebenen Gesetzgebung, unter der die kleinen Unternehmer besonders zu leiden haben. Die Unternehmer sind infolge der falschen Behandlung durch den Staat schon so mitsüchtig und erbitert geworden, daß sie ihre Betriebe in Aktiengesellschaften verwandeln. Nirgends werden sie so schädigt, wie in Deutsch-land. Nicht einmal die Beratung der Gewerbeordnungsnovelle hat man ihnen zuliebe etwas hinausgeschoben. (Bravo! rechts.)

Abg. Nieseberg (Fp.): Für den Mittelstand hat die Arbeiterbewegung nicht so viel schädigt, als den Arbeitern. Wenn die Handwerker Einfluss auf die Strafkassen bekommen sollen, wird uns freuen. Herr Albrecht sagte von nationalen Arbeitern, das seien die bei der Sozialdemokratie hinausgeschmissenen. Rein es sind die, die sich von der sozialdemokratischen Kräfte losgemacht haben. (Lachen u. d. Soz.) Sie empfinden das auch schmerzhaft, deshalb wenden Sie sich jetzt an die Jugend und rufen in ihren Rufreden von der „heiligen Aufgabe“. Dies Wort verleiht die Sozialdemokratie gar nicht, denn sie verpönt ja die Religion usw. (Schallende Beifall u. d. Soz.) Am Ende verlangen Sie noch das Wahlrecht für die Herren Jungens. (Sehr gut! rechts.) Redner laßt, daß bei dem Entwurf des Arbeitsvertrages die Handwerkerkammern nicht gehört wurden.

Abg. Dr. Schmidt (Fp.): wünscht finanzielle Unterstützung des deutschen Verbandes für Arbeitsnachweis.

Darauf vertritt sich das Haus. Verständig bemerkt bevollmächtigte den Bevollmächtigte der sächsischen Regierung zu recht-fertigen. . . Präsident Graf Stolberg: Unterbrechung: Dieser Ausdruck ist parlamentarisch nicht zulässig.

Abg. Nieseberg (fortfahrend): zu rechtfertigen unternimmt, so zeigt das nur das beste Niveau der sächsischen Regierung. Präsident Graf Stolberg: Für diesen Ausdruck rufe ich den Redner zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Albrecht (Soz.): persönlich: Herr Nieseberg bemerkt ich, daß ich nicht von nationalen Arbeitern gesprochen habe, sondern von den gelben. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Fortsetzung.) Schluß 6¼ Uhr.

Aus den Nachbarkreisen.

Achtung, Gemeindevertreterkonferenz.

Da den einzelnen Kreisleitungen nicht alle Namen der im Kreise vorhandenen sozialdemokratischen Gemeindevertreter bekannt sind, möge dies sofort ihre Kreisleitungen um Anstellung eines Wandab-erluchen. Ohne beglaubigtes Mandat hat niemand die Berech-tigung, an der Konferenz teilzunehmen. (Diese Behauptung ist ja auch schon nötig, mit Rücksicht auf die Deklamation der einsehenden Kosten.) Das Bezirkskomitee.

Die „Rechtfertigung“ eines Oberleiters.

Der Oberleiter Seyfert von Grube Paul bei Wittfel-de lende, in folgendes Schreiben, dessen Inhalt wohl eine „Rechtfertigung“ bilden soll. Die ist ihm aber gründlich miß-fallen. Das Schreiben lautet: Den fürchterlichen Unfuss, welchen Sie in Ihrem Blatte ge-gen mich losgelassen haben, glauben Sie doch selber nicht. We-

nigstens kein verständiger Bergmann wird solches Blech für Recht nehmen.

Wenn der verantwortliche Grubenbeamte solche Durchein-der täglich die neuzeitliche Einrichtung niederzulegen, die Bestimmung-teln entwerfen und in der Grube abzufahren, Zustände herbeiführen wollen, die die Sicherheit der Baue gefährden — als Schulle bezeichnet, um die es nicht Schade wäre u. c. z., so hat er wohl sehr recht dazu.

Die Kohlen werden gefördert und nicht geräubert, auch wenn alle Bone von Holz und leinen Holzelementen ausgeleert werden — das ist sogar dringend nötig.

Wenn Leute, die kaum eine Ahnung vom Bergbau haben, sich hier und da in Gruben einschleichen, um ihre Entwürfe auszu-geben, sich noch als Arbeiterfreunde und Hüter deren Sicherheit aufspielen wollen, so ist das für Sie einfach eine Schande, wenn Sie solchen lächerlichen Wahnwitz auch noch abdrucken.

Der mir anonym zugesandte Ausschnitt dieser Bergmanns-weiseheit fand mich absolut nicht zum Abonnement verdienstlich.

Seyfert, Oberleiter.

Es scheint und fast, als wenn wir erst durch Veröffentlichung dieses Schreibens Wahnwitz abdrucken. Der Oberleiter hat wohl unserem Artikel sehr ungenau und flüchtig gelesen. Wir können feststellen, daß seine Schimpfepistel auch nicht ein in Punkt unserer Behauptungen widerlegt. Der Oberleiter behauptet, er habe jene Redensart nur gegen Leute gebraucht, die Unfug ver-üben. Diese Behauptung des Oberleiters ist, wie durch Jene nachgewiesen werden kann, nicht der Wahrheit entsprechend. Er hat mit jenen Worten die Arbeiter insgesamt treffen wollen. „Die Kohlen werden gefördert“, diese oberleitersche Behauptung hat noch schwerer zu Boden gedrückt. Trotzdem aber hat der Herr damit noch nichts gewonnen. Das Fördern hat u. E. doch mit dem Aufbau, von dem wir sprachen, nichts zu tun. Die weitere Bemerkung des Oberleiters Seyfert, daß Leute sich einschleichen usw., ist gleich fimm- und haltlos. Oberleiter Seyfert hat jedenfalls die Berg-mannswissenschaft nicht in Gruppah genannt, andere Leute wissen auch noch etwas.

Wenn der Oberleiter wieder einmal das Bedürfnis hat, sich in irgend einer Sache zu „rechtfertigen“, so mag er sich, den betreffen-den Artikel genau anlesen. Versteht er das nicht, so soll er lieber schweigen.

Grubenunfälle.

Ueber die Zustände auf Grube Paul bei Ludena u. (Niederb. Moniauwerte) ist schon mehrfach berichtet worden, noch nicht aber über Schacht V. Man könnte also annehmen, daß dort alles in schönster Ordnung ist. Doch will gefehlt. Es braucht sich nur jemand die Stellenbahn anschauen, hier sind Stöße zu finden, aber welche die Wagen nicht hinnege-gen, sondern herauspringen. Das dabei Stambologien ent- stehen, ist erklärlich. An sich würde dies nun noch nicht so schlimm sein, aber der Steiger künde noch so ein Vorcom-mis geübt abzugeben. So kam er heute hinzu, als wieder einmal eine Stambologie erfolgt war. Als er auf die Frage: Auf welcher Bahn ist gewartet? die Antwort erhielt: Auf der leeren, da ging ein Donnermetter los. Der Mann an der Kurve sollte und mußte schuld sein, er mag deshalb für den Tag die Arbeit einstellen.

Den wichtigen Grund aber will der Steiger wohl nicht fin-den. Er brauchte sich doch nur einmal die Doppelreite anzu-sehen. Wie die Stöße und die Wände aussehen, ist nicht mehr schön. Auch liegt an der Seite, wo die vollen Wagen gehen, so viel Kohle, daß es kein Wunder ist, wenn täglich die Reite reißt. Auch das Wagenfähnen geht beim Steiger K. in be-sonderer Weise vor sich. In der Leutewahl hängt eine Ver-ordnung aus, nach der die Wagen bis an den oberen Rand und die Seiten gut gefüllt sein müssen. Diese Verordnung ist beim Steiger noch nicht eingehend genug. Er verlangt, daß die Wagen ge h ä u f t voll sein, sonst will er bestrafen. Da-bei ist Steiger K. auch noch äußerst lebenswichtig. „Ich haue auch den Wank voll“, aber die Förderer mühten auch nur den Wank vollhaben“ sind seine Spezial-Bemerkungen. Als eines Tages die Förderung plötzlich gestoppt war, entbot er den Kettenbahnen den Bergmannsgruß in Verbindung mit dem bekannten Fluch aus Geh- und Verflüchtungen. Das der Steiger K. a. b. s. Jitteren vielleicht auch auf der Schule ge-lernt.

Berthold Meryan.

Roman von Cornelia Huggens.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Schwedischen.)

In der Schule hätten die Lehrer gut reden, daß die Ver-einigung der Menschen in einen Staat der erste Schritt zu einer höheren Kultur gewesen sei. Eine schöne Kultur fürwahr! Und worin bestand denn dieselbe? Etwa in den Menschen-schlagereien von ehedem und jetzt! Der in den Wäudjungen, den Eroberungs- und Religionskriegen und Umwälzungen, wie sie gleich rot und grauam bei den Tieren gar nicht denk-bar wären!

Gehörten gewisse Amelienarten nur deshalb zu den mehr entwickelten Tieren, weil sie sich in Armeen vereinigen und gegenseitig bekämpfen? Ständen sie in der Natur etwa höher als die Vögel, welche, jeder sein eigenes Nest bauen und die Kinder erziehend, in Freiheit und Frieden leben und überlegen nur zur Schlichtung persönlicher Streitigkeiten bekämpfen? Das letztere sei ja auch ganz richtig. Ein chr-istlicher Jockumfand des einen gegen den anderen sei in manchen Fällen gut und sogar notwendig, und er hätte das Gefühl der Rache, welches sonst leicht zu schlimmen Gedanken führte. Bei persönlichen Feinden und Beleidigungen würde es für beide Teile oft eine Entlastung sein, wenn sie, wie er es als kleiner Junge getan, ihren Streit gleich ausfechten könn-ten. Wie viel leichter war, den Streit als einen solchen Kampf als ein höheres Gut zu betrachten, bei welchem auf beiden Seiten die Feindschaft blinde Schicksalöpfe, die sich nie geloben und getannt hatten, auf einander losstürzten, ohne zu wissen warum.

So sah er wohl eine Stunde lang unbedrückt und halb im Traum, mehr und mehr von seiner Umgebung betäubt. Er schaute nach den letzten Schwingungen der Blätter, dem geschäftigen Hin- und Hergehen der Vögel, welche, durch die vollständige Bewegungslosigkeit des fremden Wesens in ihrer Domäne allmählich zurückgelassen worden, sich dicht an ihm heran wagten und sich in feinerlei Hinsicht in ihren häuslichen Verrichtungen mehr lösen ließen. Eine Anzahl Spatzen zu füttern. Die kleinen, runden, grauen nachfolgenden Jungen zu füttern. Die kleinen, runden, grauen Vögel mit den dunklen und gelben Schnäbelchen waren

unersichtlich. Je mehr sie bekamen, desto ungesünder wurde die Vögel.

Auch Finken, Zeigler, Drosseln und wilde Tauben kamen in seine Nähe. Ein Paar recht niedliche Wägelchen, die keine als Sperlinge in der Natur zu finden waren, waren in der rege ihre besondere Interesse. Sie hatten lange, sehr feine Schnäbelchen und eine aufwendig ruhige Nachkommenschaft. Nicht gedrängt saßen ihrer fünf nebeneinander auf einem Zweig und warteten geduldig, was Vater und Mutter ihnen bringen würden, und verfolgten bloß mit einem blassen Blick die schnellen Bewegungen des Elternpaares, wovon ab-wandeln immer eine der schmelzenden Gefährten in der Nähe blieb. Berthold hätte die Tieren wohl mit den Fin-geren berühren können, so dicht waren sie bei ihm. Um jede Störung, welche durch eine Bewegung eingetreten wäre, zu vermeiden, richtete er sich nicht von der Stelle. Es war ihm ein Wunsch, die Wägelchen, gegen die Rohheit und Gefährlich-keit der Menschen geschützt, so frei zu lassen, wie sie waren, aber er wollte nicht, daß sie durch ihre Nähe zu vernehmen ohne ihren Furcht einzutreten. Sohen sie ihn nicht oder war es vielleicht ein instinktives Vertrauen, das sie so beruhigte?

Letzteres konnte natürlich nur eine Illusion sein, aber er wollte dennoch darauf weiter phantasieren und sich einbilden, daß zwischen ihm und der Tierwelt, deren Wunder er so gerne ergründen möchte, eine geheimnisvolle Anziehungskraft vorhanden wäre, die ihm die Möglichkeit gab, sich ihnen ge-näher zu bewegen, fast vergeblich, weshalb er eigentlich hürdegekommen, beobachtet er alles um sich her und bewunderte nun gerade die reinen Bewegungen eines Schnäbelchens, welches in einem benachbarten Baume, augenscheinlich bloß zu seinem Vergnügen, aberhand gummelnde Laute erteilte und sich schließlich damit begnügte, Wäter, um seine Zweige abzu-brechen, um sie mit demselben Partikeln auf eine weiter unten liegende Waldstufe zu werfen.

Wichtig hörte er in keiner unmittelbaren Nähe ein freudig-geflüster. Die Mutter der fünf kleinen Tieren kam mit stolzer Gier geflogen und brachte reiche Beute: einen großen hoffnungslos zapfen des Schmetterling. In weniger einer Stunde wurde das bald lebende Tier, von all den schwarzen und grauen Schnäbelchen umgeben, durch die Ver-wundlungen bis auf die rot-braunen, durchscheinenden Flügel, welche zerlegt und behutet bewahrt wurden. Darauf rüdten die kleinen Tieren mit den blühenden Aus-

gehen unter lieblichen Tönen wieder dicht zusammen und warteten auf weitere Versorgung. Berthold machte unwillkür-liche eine Bewegung. Ohne zu wissen weshalb, deutete er sich vor, um die feinstirrenden Schmetterlingsflügel mit den Augen zu verfolgen. Ein allgemeines Aufrauschen war natürlich die Folge. Wägelchen lag alles, groß und klein, weit davon, und da er nun ganz allein übrig blieb und ge-fürchtet und gemieden wurde, ließ er sich in einer plötzlichen Verwirrung vom Baume heruntergleiten. Der vor seinen Augen gerillene Schmetterling, der kurz vorher die volle Sommerwonne genossen hatte, brachte ihm eine Jagdprei, bei welcher er einst zugegen gewesen war, in lebhafter Erinnerung. Damals hatte er einen Hund ein appetitlich feldhuhn seinem Herrn sportieren sehen. Das mit Blut bedeckte Maul des Hundes, die gefühllosen Hände des großen, starken Jägers, welche den schwarzen Körper entgegennahmen und vollends lösteten, die feine ganze Vögelwelt hatte ihm so merkwürdig und er hat seit jener Zeit sein Gefühlg mehr offen wollen. Ein ähnlicher Welt war die turgobernde Naturphie ihm auch jetzt zerstört worden. Der eigene Grillenstanz und das emige Recht des Stärkeren waren doch zu abgeduldet. Das locher Welchene ließ wieder fragen vor ihm entstehen, die er vorher auf seinen erhabenen Sitz beinahegen zu können glaubte, aber er fühlte sich unter dem Hängen häng, fast auch sein Geist in eine niedere Sphäre und grannenen die Gedanken an die augenblickliche Realität, an alles, was ihm den heutigen Tag vorgefallen hatte, wieder die Oberhand. Ein-leben, daß er sich nicht länger absondern konnte, lehrte er langsam und unwillig nach dem Hotel zurück, wo die er über-gewaltig bereits verlassene und bemerzte mit bitterer Benug-tung, daß seine Abwesenheit keinen aufgefunden war.

Er mußte wohl, daß man ihn langweilig, widerwärtig und plünderhaft fand und keiner ihn leiden mochte. Da er sich selbst fast um niemand kümmerte, war ihm dies bisher ziem-lich gleichgültig gewesen. Nun aber nahm er diesen Umstand als Veranlassung, sich unglücklich zu fühlen. Er war jedoch entschlossen, alles mit parlamentarischer Geisteskraft zu ertragen. Bei dem Dinner wählte er das beste, reiche, wertvolle Wädelchen in der Menge zu setzen, um in seinem Wertvertrauen ein Feld zu sein, daß er sich die rechtliche Ruhe, seine Nachbarn auf die bestmögliche Weise zu unterhalten. (Fortsetzung folgt.)

